



## Türkei

Strategischer Partner, Konkurrent und EU-Beitrittskandidat: Eine komplizierte Fernbeziehung

---

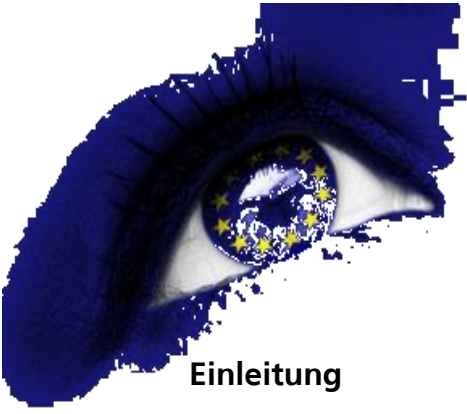
Florian Forsting

Oktober

2020



<b>Gliederung.....</b>	<b>I</b>
I. Einleitung.....	1
II. Die Beitrittsgespräche und der offizielle Status der Türkei zur EU.....	2
1. Chronologie der Beziehungen .....	2
2. Aufnahme der Beitrittsgespräche 2005 .....	4
3. Aktuelle Situation .....	5
III. Problemherde der Gegenwart.....	6
1. Die Verwandlung des Recep Tayyip Erdogan.....	6
a) Deutsche Anfangsmeinungen zum Neu-Premierminister.....	6
b) Erdogans Jahre als Bürgermeister Istanbuls.....	7
c) Verurteilung Erdogans und Aufstieg zum Premierminister .....	8
d) Die Kemalisten und das Militär.....	10
e) Wiederwahl 2007 und die Folgen .....	11
f) Das Ende der Verklärung .....	12
g) Erdogan als Schreck des Westens.....	13
h) Putschversuch 2016.....	14
i) Fazit Erdogan .....	14
2. Das europäisch-türkische Flüchtlingsabkommen .....	15
a) Inhalt des Deals .....	15
b) Bruch des Abkommens 2020 .....	16
c) Bewertung des Flüchtlingsabkommens.....	17
3. Außenpolitische Auseinandersetzungen .....	18
a) Der Armenien-Aserbaidshon Konflikt.....	19
b) Syrien und Libyen .....	20
c) Der Mittelmeer Konflikt .....	21
IV. Fazit.....	22



## Einleitung

„Die Liebe der Deutschen und Türken zueinander ist so alt, dass sie niemals zerbrechen wird.“<sup>1</sup> Ein Satz Otto von Bismarcks, der in jüngster Zeit auf eine harte Probe gestellt wird und doch daran erinnert, was für eine bewegte, lange und meist sehr freundschaftliche Beziehung Deutschland und die Türkei zueinander pflegten.

Die Türkei scheint heute für Europäer nicht nur geographisch geteilt zu sein, sondern auch in ihren Handlungen. Auf der einen Seite ist sie strategischer Partner der europäischen Länder, was die Aufnahme (und auch das Aufhalten) von Flüchtlingen betrifft. Auf der anderen Seite ficht sie einen Gastreit mit den EU-Ländern Zypern und Griechenland aus, der energisch geführt wird. Einerseits ist die Türkei Nato-Mitglied und EU-Beitrittskandidat, andererseits kämpft das Land eine Art Angriffskrieg in Syrien, der die strategischen Partner im Westen brüskierte. Zudem baut Präsident Erdogan Stück für Stück die Rechtsstaatlichkeit in seinem Land ab. Wobei die Verhaftungen von westlichen Journalisten nur die Spitze des Eisbergs sind.

Dabei haben gute türkisch-europäische und besonders gute türkisch-deutsche Beziehungen eine lange Tradition. Für Metternich und Bismarck war schon im 19. Jahrhundert das Osmanische Reich elementar für ein europäisches Staatensystem. Auch die Briten sahen die Rolle der Grenzmacht am Bosphorus ähnlich. Besonders die Konkurrenz dieser Länder zu Russland und auch zu Frankreich verhalfen zu den guten Beziehungen dieser westlichen Länder zum großen Reich im Osten. Im ersten Weltkrieg kämpften das Osmanische Reich und Deutschland an einer Seite und beide Länder wurden im Versailler Vertrag von 1919 hart für den Krieg bestraft.

Die Beziehung Deutschlands und der Türkei bekam dann spätestens ab dem Jahr 1961 noch eine weitere Facette hinzu als Deutschland türkische „Gastarbeiter“ ins Land holte,

---

<sup>1</sup> <https://www.kulturrat.de/themen/europa-internationales/kultur-in-der-tuerkei/gehen-oder-bleiben/>



die häufig nicht nur Gäste blieben, sondern heimisch wurden. Heute leben fast drei Millionen türkischstämmige Einwohner in Deutschland, von denen die etwa die Hälfte auch den deutschen Pass innehat.<sup>2</sup>

Nach diesen einführenden Worten kann erahnt werden, welche außergewöhnliche Stellung und Bedeutung die Türkei für die gesamte EU hat. Die Arbeit hat als Ziel die Konflikte und Positionen der EU und der Türkei herauszuarbeiten und aufzuzeigen, welche Auswirkungen, diese auf die europäisch-türkischen Beziehungen haben. Dabei wird besonders auf die Innenpolitik des Landes am Bosphorus eingegangen und damit zwangsläufig auf den heutigen Präsidenten Erdogan. Denn die Beziehung EU und Türkei ist ohne eine Aufarbeitung der innenpolitischen Verwerfungen und der Person Recep Tayyip Erdogan nicht möglich. Da wahrscheinlich bereits Jared Kushner, angewiesen von Donald Trump, an einem Masterplan zur Lösung all dieser Konflikte arbeitet, beschränkt sich dieser Text auf einen Ausblick und einer Einschätzung der Lage zum Abschluss.

## **Die Beitrittsgespräche und der offizielle Status der Türkei zur EU**

### **Chronologie der Beziehungen**

Das Verhältnis und der Status der EU zu der Türkei ist so kompliziert und langlebig, wie eine jahrzehntelange On-Off-Beziehung, die mit vielen Intrigen und Affären gespickt ist.

Bereits 1949 trat die Türkei dem Europarat bei und 1952 der NATO.<sup>3</sup> Die Beziehungen zu den europäischen Staaten begann auch vielversprechend 1963 im Zuge des „Abkommens von Ankara“ mit dem Vorgänger der EU, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), bestehend aus Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Luxemburg und Italien. Das Abkommen regelte eine enge wirtschaftliche Verbindung der EWG mit der Tür-

---

<sup>2</sup> <https://www.sueddeutsche.de/kultur/debatte-bizim-kiez-unser-kiez-1.2953146-2>

<sup>3</sup> Vgl. <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-europalexikon/177314/tuerkei-und-eu>



kei. Zudem sagte das Abkommen der Türkei eine erste Beitrittsperspektive zu. Bemerkenswert ist dabei besonders, dass die Türkei erst der zweite Staat war mit dem der Staatenverbund, der sich später zum Friedensnobelpreisträger EU entwickeln sollte, ein Abkommen schloss. Das zeigt die Wichtigkeit, die die damalige EWG der Türkei schon damals zumaß. Ironischerweise war Griechenland, ein Land mit bis heute äußerst schwierigen Beziehungen zur Türkei, der erste Staat mit dem die EWG ein Abkommen schloss.<sup>4</sup>

Allerdings verflog diese Anfangseuphorie im Laufe der folgenden Jahre. Zunächst besetzten türkische Truppen 1974 den Nordteil der Insel Zypern, der Südteil ist heute Mitglied der EU, im Jahr 1980 verschlechterte sich die europäisch-türkische Beziehung abermals im Zuge eines Militärputsches in der Türkei.<sup>5</sup> Im Jahr 1987 stellte die neue türkische Regierung ein offizielles Beitritts-gesuch zur Mitgliedschaft in der damaligen EG. 1996 schafften die EU und die Türkei eine Zollunion, die die wirtschaftlichen Verknüpfungen nochmals stärkten und freien Warenverkehr innerhalb der Bündnisländer und der Türkei ermöglichte.<sup>6</sup>

In den 1990er Jahren nahm der Vorgänger der EU eine Osterweiterung vor, in dessen Zuge die Türkei ebenfalls in den Kandidatenkreis für einen Beitritt aufgenommen wurde. Dies gestaltete sich sehr problematisch. Am Ende stand jedoch die Aufnahme der Beitritts-gespräche mit der Türkei, die am 3.10.2005 starteten.<sup>7</sup>

---

<sup>4</sup> Vgl. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa/erweiterung-nachbarschaft/eu-tuerkei/202106>

<sup>5</sup> Vgl. <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-europalexikon/177314/tuerkei-und-eu>

<sup>6</sup> Vgl. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa/erweiterung-nachbarschaft/eu-tuerkei/202106>

<sup>7</sup> Vgl. <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-europalexikon/177314/tuerkei-und-eu>



## Aufnahme der Beitrittsgespräche 2005

Im Dezember 2004 beschloss die EU Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufzunehmen. Federführend waren dabei der damalige deutsche Kanzler Gerhard Schröder und der damalige französische Präsident Jacques Chirac.<sup>8</sup> Jedoch umgab viele EU-Länder Skepsis bezüglich einer türkischen EU-Mitgliedschaft. Das zeigte sich zum einen darin, dass die Verhandlungen 2005 als „ergebnisoffen“ angelegt waren. Das bedeutet, dass nach den Gesprächen nicht unbedingt eine EU-Vollmitgliedschaft, sondern auch Alternativen dazu stehen könnten.<sup>9</sup> Zudem wurde bei der Aufnahme der Verhandlungen eine Einschränkung beschlossen, die es so vorher noch für keinen anderen Beitrittskandidaten gab: Nach Abschluss der Verhandlungen muss jedes EU-Land dem Beitritt nochmal zustimmen. Und nicht nur das: Frankreich und Österreich wollen bezüglich dieser Frage sogar eine Volksabstimmung abhalten. Diese Maßnahmen haben bis heute Geltung.<sup>10</sup> Alleine diese Einschränkungen zeugen von einer großen Skepsis innerhalb der EU gegenüber der Türkei und ließen den Anfang der Gespräche nicht als hoffnungsvoll erscheinen.

Die Gründe für die Skepsis auf europäischer Seite hielt der ehemalige und später verstorbene Bundeskanzler Helmut Schmidt in einem Zeitartikel Ende 2002 fest. Schmidt führte damals an, dass die Integration der türkischstämmigen Bevölkerung in Deutschland unmöglich würde, wenn die EU-Freizügigkeit für alle Türken gelten würde. Außerdem sei die Türkei kulturell zu verschieden. Die türkischen Interessen würden dabei weiter östlich liegen und das Militär hätte im politischen System immer noch sehr viel Macht.<sup>11</sup>

Die Befürworter eines EU-Beitritts führten an, dass mit der Türkei als Mitglied eine Brücke zur islamischen Welt hergestellt werden und so auch eine Krisenregion stabilisiert werden

---

<sup>8</sup> Vgl. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-05/eu-beitrittskandidat-tuerkei-wahlen-beitrittsverhandlungen-demokratie>

<sup>9</sup> Vgl. <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-europalexikon/177314/tuerkei-und-eu>

<sup>10</sup> Vgl. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-05/eu-beitrittskandidat-tuerkei-wahlen-beitrittsverhandlungen-demokratie>

<sup>11</sup> Vgl. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-05/eu-beitrittskandidat-tuerkei-wahlen-beitrittsverhandlungen-demokratie>



könne.<sup>12</sup> Auch stehe Europa eben für kulturelle Unterschiede und die Türkei sei wie die Muslime in Südosteuropa Teil der europäischen Geschichte. Aber das Hauptargument befand sich in der Person des damaligen türkischen Ministerpräsidenten und heutigem Präsidenten der Türkei: Erdogan baute ab 2003 die Türkei um und setzte besonders in der Wirtschaft auf Reformen. Viele hielten es für möglich, dass Erdogan die Türkei nach europäischem Muster neu formen wollte.<sup>13</sup> Zwar war die europäische Gemeinschaft in der Frage eines Türkei Beitritts gespalten. Allerdings war die Stimmung positiver als dies heute der Fall ist. Interessant ist besonders, dass Erdogan als Hoffnungsträger für eine europäische Zukunft der Türkei galt. Heute, knapp 15 Jahre nach Aufnahme der Beitrittsverhandlungen, scheint dies unvorstellbar, ja fast wie ein Paralleluniversum zu sein.

## **Aktuelle Situation**

Insgesamt gibt es bei den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei 35 Kapitel. Davon ist eines – „Wissenschaft und Forschung“ – abgeschlossen. Zu 16 Kapitel gibt es Verhandlungen.<sup>14</sup> Acht von diesen Kapiteln sind blockiert. Faktisch gibt es keine Gespräche mehr über einen Beitritt der EU, auch wenn sie noch nicht offiziell abgebrochen oder eingefroren wurden. Die Türkei will nun vielmehr Gespräche über eine Weiterentwicklung der Zollunion. Auch über dieses Thema spricht die EU aber nicht mehr mit der Türkei.<sup>15</sup> So kann man die Situation als festgefahren bezeichnen. Die EU hat kein Interesse daran, irgendwelche Verhandlungen mit der Türkei bezüglich ihres Status zu führen. Hat jedoch auch gleichzeitig noch nicht die Gespräche offiziell abgebrochen. Während in der Türkei das Bedürfnis nach einem Beitritt in die EU auch geringer wird. Die wirtschaftlichen Aspekte einer Zollweiterentwicklung würde Ankara jedoch gerne sehen. Zudem bekommt die Türkei immer noch Beitritts Hilfen, die im Jahr 2020 168 Millionen Euro beträgt. Aber auch dieser Betrag

---

<sup>12</sup> <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-europalexikon/177314/tuerkei-und-eu>

<sup>13</sup> Vgl. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-05/eu-beitrittskandidat-tuerkei-wahlen-beitrittsverhandlungen-demokratie>

<sup>14</sup> Vgl. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa/erweiterung-nachbarschaft/eu-tuerkei/202106>

<sup>15</sup> Vgl. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-05/eu-beitrittskandidat-tuerkei-wahlen-beitrittsverhandlungen-demokratie>



wurde drastisch gekürzt. 75% der eigentlich für 2020 vorgesehen Leistungen wurden von der EU gestrichen.

Das Verhältnis der Türkei und der EU ähnelt dabei einer Jahrzehnte langen Ehe, die nie wirklich aus Liebe eingegangen wurde und sich beide Parteien über die Jahre auch noch auseinandergeliebt haben. Beide leben zwar noch im gleichen Haus, haben aber getrennte Schlafzimmer und reden nicht mehr miteinander. Der Grund für das pflichtbewusste Zusammenleben: in gewissen Punkten, wie der Rente, braucht man einander eben doch noch. Und außerdem würden bei einer Trennung die Nachbarn reden, obwohl auch diese das Unglück hinter den Wänden schon erahnt haben.

Doch wie konnte sich das Verhältnis derart entwickeln? Wie bei einer gescheiterten Ehe gibt es auch hier mehrere Gründe. Zudem gibt es auch immer noch Punkte, wo EU und Türkei sich immer noch brauchen. Und auch dabei spielen Nachbarn eine entscheidende Rolle.

## **Problemherde der Gegenwart**

### **Die Verwandlung des Recep Tayyip Erdogan**

Um die Positionierung der Türkei allgemein, aber besonders zu Europa zu verstehen, ist der vormalige Ministerpräsident und heutige Präsident Recep Tayyip Erdogan von zentraler Bedeutung. Er leitet das Land seit bald zwei Jahrzehnten und bestimmt den Kurs seines Landes, wie es (sonst) nur Autokraten tun. Das Verhältnis der Türkei und Erdogan lässt sich so beschreiben: Der Präsident ist die Sonne und die Türkei kreist um ihn.

#### *Deutsche Anfangsmeinungen zum Neu-Premierminister*

Die „Welt am Sonntag“ titelte am 15.12.2002 „Erdogan gilt als großer Hoffnungsträger“ und porträtierte einen Mann, der als Erneuerer in die Geschichte eingehen könnte und die Rolle der Türkei in der geopolitischen Lage neu versteht und reformiert. Zwar stand





die „Welt am Sonntag“ damals auch schon kritisch zu einem möglichen EU-Beitritt, jedoch lag dies nicht an Erdogan, sondern an einer möglichen türkischen Einwanderungswelle nach einem EU-Beitritt.<sup>16</sup>

Auch der „taz“ Korrespondent Jürgen Gottschlich schrieb 2004: „In den zwei Jahren der Regierung Erdogan sind mehr Reformen realisiert worden als in den 20 Jahren davor. Meinungsfreiheit und Null-Toleranz gegen Folter wurden proklamiert und gesetzlich verankert, kulturelle Rechte für die kurdische Minderheit garantiert und die Todesstrafe endgültig abgeschafft.“ Und Politiker wie der Grünen-Star Daniel Cohn-Bendit suchten die Nähe zu Erdogan und sahen ihn als Gleichgesinnten an.<sup>17</sup>

Es ist zwar schon häufiger in der Geschichte vorgekommen, dass die Meinung der Welt sich über einen Politiker änderte, jedoch kamen so krasse politische Kehrtwenden wie bei Erdogan in der Historie sehr selten vor.

## *Erdogans Jahre als Bürgermeister Istanbuls*

Der heutige Präsident wurde im Hafenviertel Istanbuls geboren und wuchs dort auch auf. Er kam, wie bei sonst üblich bei Politikern, nicht aus einer vermögenden oder einflussreichen Familie. Sein Vater war vielmehr einfacher Seemann und arbeitete als Küstenschiffer und bei der türkischen Küstenwache. Recep Tayyip Erdogan besuchte eine Imam-Hatip-Schule, welche religiös orientierte Fachgymnasien in der Türkei sind. Interessant ist, dass der junge Erdogan den Spitznamen „Koran-Nachtigall“ hatte, da er schon damals tief religiös war.

1994 wurde Erdogan Oberbürgermeister von Istanbul, welche Wahl er damals überraschend gewann. Während seiner Amtszeit setzte er religiös motivierte Vorhaben durch. So darf seit seiner Amtszeit in städtischen Istanbuler Lokalen kein Alkohol mehr ausgeschenkt werden, es wurden gesonderte Badezonen für Frauen eingeführt und es gab für Mädchen und Jungen getrennte Schulbusse. Auch bekannte er sich in einem Interview

---

<sup>16</sup> Vgl. <https://www.welt.de/print-wams/article107919/Erdogan-gilt-als-der-grosse-Hoffnungstraeger.html>

<sup>17</sup> Vgl. <https://taz.de/Aufstieg-von-Recep-Tayyip-Erdoan/!5536177/>



während seiner Amtszeit als Anhänger der Scharia. Allerdings modernisierte der Oberbürgermeister Erdogan auch die Infrastruktur, verbesserte die öffentlichen Dienste und erfreute sich auch deshalb großen Ansehens bei den Bürgern der größten türkischen Stadt. Auch der Westen sah den Bürgermeister Erdogan durchaus in einem positivem Licht. So urteilte die „Welt am Sonntag“ im Jahr 2002, dass Erdogan „sich als Bürgermeister von Istanbul hervorragend bewährte“.<sup>18</sup>

Bereits diese Jahre Erdogans als Oberbürgermeister ließen den späteren Kurs des Premierminister Erdogans erkennen. Religiös geprägt, ja, aber trotzdem auf Modernisierung ausgerichtet. Was für viele einen Widerspruch darstellt, war für den Premierminister Erdogan in der Anfangszeit ein Credo, das ihn Beliebtheit verschaffte und außenpolitisches wurden dabei häufig nur die Akte des Pragmatismus und der Modernisierung gesehen. Dagegen wurden die Warnsignale häufig verkannt. Besonders bemerkenswert ist jedoch seine Einstellung zum EU-Beitritt als damaliger Oberbürgermeister Istanbuls. Er sagte über die EU, dass dieser eine „Vereinigung der Christen“ sei, in der die „Türken nichts zu suchen“ hätten. Manch einer würde dies im Nachhinein als janusköpfig beschreiben. Andere verweisen dagegen bloß auf die Weisheit, dass der denkende Mensch seine Meinung ändert.

## *Verurteilung Erdogans und Aufstieg zum Premierminister*

Um Erdogans Verhältnis zu dem alten türkischen Establishment zu verstehen, wozu auch das Militär zählt, ist das Verbot seiner damaligen Partei und seine Verurteilung 1998 entscheidend. Seine damalige Partei wurde wegen angeblichen Sympathien zum Dschihad und zur Einführung der Scharia verboten. Recep Erdogan wurde nachfolgend wegen

---

<sup>18</sup> Vgl. <https://www.welt.de/print-wams/article107919/Erdogan-gilt-als-der-grosse-Hoffnungstraeger.html>



Volksverhetzung zu zehn Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe verurteilt. Zudem erhielt er ein Politikverbot. Die „Welt am Sonntag“ nannte 2002 dieses Vorgehen, auf das die Verurteilung beruhte, einen „grotesken pseudo-juristischen Vorwand“.<sup>19</sup>

Nachdem auch die nächste Partei Erdogans verboten wurde, gründeten er und viele ehemalige Mitglieder der verbotenen Partei 2001 die Gerechtigkeits- und Aufschwungspartei (AKP).

2002 dann triumphierte die AKP bei der Parlamentswahl, jedoch konnte Erdogan aufgrund seiner Verurteilung 1998 nicht Ministerpräsident werden. Dieses Amt übernahm sein damaliger Stellvertreter Abdullah Gül. Erst 2003 konnte Recep Erdogan den Posten des Ministerpräsidenten nach einer Verfassungsänderung erklimmen, die sein Politikverbot aufhob. Wie bereits erwähnt, umgab in der Anfangszeit ein ausgeprägter Reformwille das Land im Auftrag des Ministerpräsidenten. Die Todesstrafe wurde abgeschafft, die Meinungsfreiheit ausgebaut, Folter bekämpft und die Lage der Kurden im Land verbessert. Der Premierminister Erdogan arbeitete sogar an der Aufarbeitung des Völkermords an den Armeniern.

Besonders aber die EU hatte es Recep Erdogan angetan und er bemühte sich einen Beitritt seiner Türkei in das westliche Länderbündnis zu ermöglichen. Dabei sah er die unterschiedlichen Religionen nicht als Ausschlussgrund für einen Beitritt. Vielmehr sah er die EU als gut passendes Projekt in seinem Plan die Türkei zu modernisieren.

Aber auch schon damals gab es Kritiker Erdogans, die nicht dem türkischen Establishment oder dem Militär zugeordnet werden konnten. Ein Mitglied des Wissenschaftsrats äußerte schon in Erdogans Anfangsjahren als Premierminister, dass der Premier die Autonomie der Wissenschaft beenden und die Universitäten am liebsten wieder in Medresen (alte

---

<sup>19</sup> Vgl. <https://www.welt.de/print-wams/article107919/Erdogan-gilt-als-der-grosse-Hoffnungstraeger.html>



religiöse Hochschulen), umwandeln würde. Doch damals hielten auch viele westliche Korrespondenten und Politiker diese Kritik als überzogen und bezeichneten die Kritiker als „verbohrte“ Kemalisten.<sup>20</sup>

## *Die Kemalisten und das Militär*

Um diese Reaktion auf die Kritik an Erdogan zu verstehen, ist es entscheidend das türkische Verhältnis zur Religion und vom Staat zum Militär zu verstehen.

Der Kemalismus steht dabei im Zentrum. Dieser geht auf Mustafa Kemal zurück, besser bekannt als Atatürk, dem Vater der Türken, wie er in seiner Heimat bis heute genannt wird. Er schaffte 1923 das Sultanat ab und rief die türkische Republik aus. Kemal berief 1923 eine „Nationalversammlung“ im Namen der Volkssouveränität und schaffte das Kalifat ab. Er agierte so gegen die religiöse Vergangenheit und verbot auch Scharia-Gerichte. Auch religiöse Schulen ließ er schließen und beschloß staatlichen Unterricht für alle. Der Laizismus ist dabei der Leitfaden von Kemal, also die Trennung von Kirche und Staat. Auch ist die Hinwendung zum Westen ein Grundgedanke. Es soll nicht verschwiegen werden, dass der Kemalismus unter Kemal die bisweilen sehr blutigen Auseinandersetzungen zu den Kurden im Land einleitete.<sup>21</sup>

Diesen „puren“ Kemalismus, also die Trennung zwischen Kirche und Staat, sehen besonders die ranghohen türkischen Militärs in Gefahr, als Erdogan ab 2002 an die Macht drängt. Erdogan muss wie ein „rotes Tuch wirken“ für die Generäle in Ankara, so die „Welt am Sonntag“ 2002.<sup>22</sup> Dieser Kemalismus Anfang der 2000er versteht sich anders als der heutige. Mittlerweile entwickelt sich der Kemalismus immer mehr zu einer Ideologie, die nicht den Islam eher ablehnt, sondern ihn als wichtigen Teil der Nation anerkennt, aber gleichzeitig vom Staat kontrolliert werden soll.<sup>23</sup> Damals jedoch wirkte Erdogan, der

---

<sup>20</sup> Vgl. <https://taz.de/Aufstieg-von-Recep-Tayyip-Erdoan/!5536177/>

<sup>21</sup> Vgl. <https://www.welt.de/politik/article1141730/Kein-Tuerke-entrinnt-der-Atatuerk-Ideologie.html>

<sup>22</sup> Vgl. <https://www.welt.de/print-wams/article107919/Erdogan-gilt-als-der-grosse-Hoffnungstraeger.html>

<sup>23</sup> Vgl. <https://www.sueddeutsche.de/politik/tuerkei-kurden-konservative-kemalisten-das-sind-die-akteure-in-erdogans-reich-1.3090314>



Religionsgelehrte, wie eine Kulturrevolution. Und das in einem Land, das sich wie kaum ein anderes auf seinen Gründervater und ideologischen Führer beruft.

Das Militär hatte dabei immer eine besondere Rolle. In den 1990er Jahren putschte es viermal und berief sich immer auf den Gründervater Kemal und den Kemalismus. Es war vor der Zeit bzw. zur Anfangszeit Erdogans ein zentraler Machtapparat, der kein Stück von dieser Macht abgeben wollte und zudem sah es sich selbst als Hüter des Kemalismus. Kemal war ja schließlich auch selbst Soldat.

### *Wiederwahl 2007 und die Folgen*

2007 erlangte Erdogans AKP die absolute Mehrheit im Parlament. Doch die AKP erreicht noch mehr: sie stellte mit Abdullah Gül auch erstmals den Staatspräsidenten, was sie dazu befähigte mehr oder weniger „durchzuregieren“. Dies war ein klares Zeichen an das alte türkische Establishment. Besonders an das Militär. Denn kurz vor der Wahl hatte der Generalstaatsanwalt noch versucht, die AKP verbieten zu lassen. Das Verbot scheiterte mit einer Stimme im Verfassungsgericht. Der Generalstaatsanwalt sprach dieses Vorgehen wohl mit Teilen des Militärs ab. Ein zunächst letzter Versuch der alten Machtelite die eigene Macht zu erhalten und die AKP auf ihrem Siegeszug aufzuhalten.

Dies war der Zeitpunkt an dem Erdogan das erste Mal in seiner Amtszeit klar erkennbar vom Image des Reformers und Verfechters der Rechtsstaatlichkeit abwich. Nach der gelungenen Wiederwahl setzte er Sonderkläger und Sondergerichte ein. Diese verhafteten und klagten ranghohe Militärs an, dass sie einen Putsch gegen die Regierung vorbereitet hätten. Er entmachtete so das Militär und die Justiz. Ironischerweise waren die Richter der Sondergerichte fast alle Angehörige der Gülen-Sekte, mit der sich der heutige Präsident Erdogan eine erbitterte Auseinandersetzung liefert. Dies stellt noch eine Konstanze der Erdogan Zeit dar: Freunde können Feinde und Feinde Freunde werden. Der Mensch denkt eben.



Der Korrespondent Gottschlich schrieb, dass sich im Nachhinein dort die ersten „Risse in der Fassade des demokratischen Reformers zeigten“.<sup>24</sup> Allerdings waren die westlichen Verbündeten nicht erschrocken von der Verletzung des Rechtsstaats im Land am Bosphorus. Es waren, so die Lesart ja nur die Militärs betroffen. Dass es damals schon Zweifel an den Beweisen für einen vermeintlichen Putschversuch gab, spielte keine Rolle im türkisch-westlichen Verhältnis. Nachdem der Gülen-Konflikt eskalierte, rehabilitierte Erdogan alle verurteilten Offiziere und erst da schien der Westen zu begreifen, dass diese Prozesse so rechtsstaatlich waren, wie die DDR demokratisch war.

Im Hinblick auf die EU ist festzuhalten, dass der Premier Erdogan 2007 verlautbarte, dass er Kontinuität in der Außenpolitik im Hinblick auf den Europakurs wahren wolle.

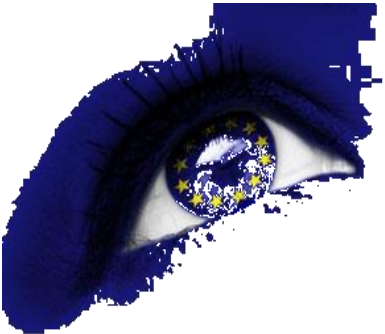
2010 stellte die AKP sodann ein Verfassungsreferendum zur Abstimmung. Unter anderem legitimierte dieses den Zugriff der Regierung auf die Besetzung der wichtigsten Ämter innerhalb der Justiz. Die Justiz könnte so nach Erdogans Wünschen gestaltet werden. Aber auch diesmal kam aus dem Westen kaum Kritik.

### *Das Ende der Verklärung*

Es brauchte die Jugend, um für den Westen zu erkennen, dass dort in Ankara kein Mann mehr handelte der nach dem Vorbild westlicher Rechtsstaatlichkeit, ein Land zu reformieren suchte. 2013, nachdem 2011 Erdogan wiedergewählt wurde, begann der sogenannte Gezi-Aufstand. Anlass waren einfache Demonstrationen gegen ein geplantes Bauprojekt auf dem Gelände des Gezi-Parks. Der Protest entwickelte sich aber mehr und mehr zu einem Widerstand gegen das Regierungssystem und gegen überzogene Polizeigewalt. Der Protest wurde gewaltsam von der Polizei niedergeschlagen. Die Zeit schrieb 2013, dass Erdogan die dritte Wahl wohl „zu Kopf gestiegen“ sei. Er verkündete nur noch neue milliardenschwere Projekte, ohne sein Volk dafür zu fragen. Er drohte, so die Zeit 2013,

---

<sup>24</sup> Vgl. <https://taz.de/Aufstieg-von-Recep-Tayyip-Erdoan/!5536177/>



„Andersdenkenden in jeder Rede“, schüchtere Journalisten ein und lasse „Oppositionelle gezielt verfolgen und einsperren“.<sup>25</sup>

Die Gezi-Proteste sind somit ein Bruch, eine Zäsur. Nicht weil es das erste Mal ist, dass Recep Tayyip Erdogan sein Gesicht als autokratischer Führer zeigt, dass nichts mit dem Ideal der EU gemein hat. Vielmehr ist es das erste Mal, dass der Westen dieses Gesicht auch als solches wahrnahm. Die rosarote Brille fiel den meisten Europäern dort das erste Mal von den Augen und die Schmetterlinge im Bauch hörten auf zu fliegen.

### *Erdogan als Schreck des Westens*

Was von den Gezi-Protesten an geschah ist Teil jüngerer und bekannter Geschichte. Erdogan wurde 2014 zum Präsidenten gewählt und strebte von da an eine Verfassungsänderung an, die die Exekutive stärken, das Parlament schwächen und eine Präsidialregime einführen sollte. Das Verfassungsreferendum fand 2017 statt und hatte eine hauchdünne Mehrheit. Dabei wurden Anschuldigungen von Wahlbetrug vorgebracht, die ausländische Forschungsergebnisse auch nahelegten.<sup>26</sup> Seit 2018 – mit Erdogans damaliger Wiederwahl zum Präsidenten – traten die Verfassungsänderungen in Kraft. Präsident Erdogan ist seitdem Staatsoberhaupt und Chef der Exekutive. Zwar gibt es auch in westlichen Demokratien Präsidialsysteme, – so wäre die Macht, die ein französischer oder amerikanischer Präsident hat, in Deutschland schon wegen seiner Vorgeschichte undenkbar – doch im türkischen System sehen westliche Beobachter immer mehr einen Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit.

Nebenbei machte sich Erdogan einen Namen in dem er westliche Journalisten verhaften ließ. Die Türkei gehört der Organisation Reporter ohne Grenze zu den Ländern, die am meisten inhaftierte Journalisten weltweit vorzuweisen habe. In Deutschland sorgte besonders der Fall Deniz Yücel für Aufsehen. Der ehemalige Türkei-Korrespondent der

---

<sup>25</sup> Vgl. <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2013-05/istanbul-protest-erdogan-taksim-gezi/komplettansicht>

<sup>26</sup>Vgl. <https://science.orf.at/v2/stories/2852212/>



WeltN24-Gruppe wurde knapp ein Jahr von Februar 2017 an in türkischer Untersuchungshaft gehalten. Der Grund dafür und für die spätere Verurteilung: Terrorpropaganda. Yücel konnte jedoch vorher die Türkei verlassen und befindet sich seitdem in Deutschland. Dieser Fall belastete die deutsch-türkischen Beziehungen nachhaltig. Zeigte der Vorfall doch, dass die Türkei kein verlässlicher Partner und noch weniger, ein würdiger EU-Beitrittskandidat ist.

## *Putschversuch 2016*

Ein Ereignis, was Präsident Erdogan wohl genauso prägte, wie seine Verhaftung 1998, war der Putschversuch 2016. Er wurde nur von Teilen des Militärs mitgetragen, die Bevölkerung und auch die Opposition unterstützen ihn nicht. Auch deshalb klappte der Putsch nicht. Die türkische Regierung macht die Gülen-Bewegung, eine religiöse Bewegung um den islamischen Geistlichen Fethullah Gülen, verantwortlich. Der Putschversuch war der Anlass einen Ausnahmezustand zu beschließen, der immer wieder verlängert wurde. Auch wurden mehr als 80.000 Menschen aus dem Staatsdienst entlassen und Abgeordnete und Funktionäre, mehr als 1400 an der Zahl, der Oppositionspartei HDP wurden inhaftiert. Besonders viele Polizisten, etwas weniger als 9000, Soldaten, knapp 7000 und fast 2500 Richter und Staatsanwälte wurden verhaftet. Der Putschversuch 2016 mutet bis heute merkwürdig an. Die Verbindungen zur Gülenbewegung sind mysteriös. Jedoch steht fest, dass Erdogan der Putschversuch im Nachhinein nutzte, um das System zu säubern und seine Macht auszubauen, auf die Legitimation des Putschversuches aufbauend.

## *Fazit Erdogan*

Einst als Freund der EU gekommen, ist er als Präsident der Türkei geblieben, um gegen die Werte und die Struktur der EU zu wettern. Die Wandlung des Recep Tayyip Erdogan wäre ohrenbetäubend, wenn sie eine Oper wäre. Von einem gefeierten Reformer hin zu einem Despoten. Natürlich steckt dabei immer die Frage mit drin: wie viel Despot war schon damals im Reformer und wie viel Reformer steckt noch im Despoten.





## Das europäisch-türkische Flüchtlingsabkommen

Ein Thema, das die europäische Gesellschaft so spaltet wie kaum ein anderes und noch immer tonangebend in unserer heutigen Zeit ist, ist die Flüchtlingsthematik. Im Jahr 2015 ergab es sich, dass in die EU ein bis zwei Millionen Flüchtlingen ein- oder durchreisten. Dies war die Zuspitzung einer Krise, die sich schon in den Jahren zuvor durch immer mehr Krisenherde in der näheren Umgebung Europas abgezeichnet hatte und sich bereits in den vorherigen Jahren in den Asylbewerberzahlen niederschlug. Ideologien und gegenseitige Ansätze bezüglich der Flüchtlingsaufnahme prallten innerhalb der EU aufeinander, wie zwei aufeinander zurasende Züge. Europa, ohnehin gerupft aus der Finanz- bzw. Eurokrise einige Jahre zuvor herausgekommen, war nun endgültig in einer elementaren Frage gespalten. Flüchtlinge aufnehmen, oder nicht? Für sie zahlen, oder nicht? Hilfsmissionen im Mittelmeer starten, oder nicht?

Die Antwort suchte die EU im EU-Türkei-Abkommen, der auch Flüchtlingsdeal genannt wird. Dabei erinnerte die EU an ein alt ehrwürdiges Unternehmen, das den neuen, dreckigen IT-Kram lieber outsourct und beim Outsourcing auch nicht über die Mittel und Wege informiert werden will, sondern lediglich über die Ergebnisse.

Es wurde gerade mit der Türkei ein Flüchtlingsabkommen geschlossen, weil die Türkei als wichtiges Transitland für Flüchtlinge gilt. Syrien grenzt unmittelbar an die Türkei. Auch Flüchtlinge aus dem Irak, Afghanistan und aus nordafrikanischen Ländern kamen und kommen häufig über die Türkei nach Europa. Dabei wird der Weg über die Ägäis nach Griechenland, aber auch der Landweg nach Bulgarien genutzt.

Nach Ansicht des Europäischen Rates entfaltet der Flüchtlingsdeal weder rechtliche Bindungswirkungen noch stellt sie eine Übereinkunft oder einen Vertrag dar.

### *Inhalt des Deals*

Der Deal lässt sich so zusammenfassen: die Türkei verhindert, dass Flüchtlinge mithilfe von Schleppern auf die griechischen Inseln fahren können, was sie durch einen verstärkten



Grenzschutz erreichen. Die EU gibt der Türkei dafür Geld, insgesamt wurden sechs Milliarden Euro Hilfgelder in zwei Tranchen für je drei Milliarden für Aktivitäten und Projekte zur Versorgung der Migranten innerhalb der Türkei zugesagt. Zudem nimmt die Türkei Flüchtlinge wieder auf, die unrechtmäßig nach Griechenland gekommen sind. Im Gegenzug darf für jeden Flüchtling, den die Türkei wiederaufnimmt, ein Flüchtling, der bereits in der Türkei lebt, in die EU. Bis zu 72.000 Menschen sollen so auf sicheren Wegen in die EU kommen dürfen. Sobald die Zahl der illegalen Überfahrten sinkt, soll humanitäre Hilfe in der Türkei organisiert werden und Flüchtlinge freiwillig von EU-Staaten aufgenommen werden. Zudem werden der Türkei Visa-Erleichterungen für türkische Staatsbürger in Aussicht gestellt, die in die EU einreisen wollen. Ein weiterer Anreiz für die Türkei ist, dass die gemeinsame Zollunion ausgebaut werden soll und die EU-Beitrittsgespräche mit der Türkei wiederbelebt werden. Auch war Teil des Deals, dass man gemeinsam an einer Verbesserung der humanitären Lage im Krisengebiet in Syrien arbeiten wollte.<sup>27</sup>

### *Bruch des Abkommens 2020*

Am 28.02.2020 öffnete die türkische Regierung die Grenzen nach Bulgarien und Griechenland. Das hatte zur Folge, dass Flüchtlinge zu den europäischen Außengrenzen strömten. Allerdings blieb unklar, wie viele Flüchtlinge es tatsächlich waren. Die türkische Seite redete von über 130.000 Grenzübertritten nach Griechenland. Die griechische Regierung sprach nur von mehreren tausend verhinderten Grenzübertritten. Während die bulgarische Regierung sogar davon sprach, dass keine Flüchtlinge zur Grenze zwischen Bulgarien und der Türkei gekommen wären. Teilweise wurde auch behauptet, dass die Türkei Flüchtlinge zur Grenze nach Griechenland brachte, wohl auch unter Androhung von Gewalt.

Der Grund für den Bruch des Abkommens ist vielschichtig. Präsident Erdogan sagte selbst noch am 01.03.2020, dass „Europa (...) der Türkei in Syrien nicht“ bestehe, „und auch

---

<sup>27</sup> Vgl. <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/eu-tuerkei-fluechtlingsabkommen-109.html>



nicht wirklich bei der Versorgung der fast vier Millionen Syrer“ in seinem Land. Was Erdogan dort indirekt anspricht, wird auch von türkischer Seite zunehmend als Gerücht gestreut: die EU zahle nicht wie vorher abgemacht. Auch die Situation in Syrien steuerte seinen Teil zum Bruch bei. Im Februar 2020 fielen 30 türkische Soldaten in Kämpfen um Idlib und Präsident Erdogan will dort auch bis heute die Unterstützung der EU. Kurz vor dem ganz großen Corona-Showdown Mitte März, bietet sich so ein Showdown an Europas Außengrenze, der dem menschlichen Leid der Corona-Krise um nichts nachstand.

Am 19.03.2020 schloss die Türkei die Grenzen zur EU wieder. Offiziell wurde die COVID-19-Pandemie angeführt. Allerdings erklärten Angela Merkel, Boris Johnson und Emmanuel Macron Recep Erdogan, dass die EU-Gelder für die Flüchtlingsversorgung aufgestockt werden sollen.

### *Bewertung des Flüchtlingsabkommens*

EU-Migrationskommissar Margaritis Schinas sagte am 02.03.2020: „Niemand kann die Europäische Union erpressen und einschüchtern.“ Die Wahrheit ist, dass dies sehr wohl möglich ist. Präsident Erdogan hat mit dem Flüchtlingsabkommen einen Weg gefunden, so elementar wichtig für Europa zu werden, wie niemals zuvor. Er ist ein Garant für niedrige Flüchtlingszahlen in Europa und er weiß, dass die EU einen neuerlichen Flüchtlingsansturm wie 2015 gesellschaftlich wohl kaum überstehen würde. Erdogan will dafür einen Gegenleistung für die Türkei. Wie ein Deal eben gestaltet ist: Ware gegen Leistung. Und wenn ihm die Leistung nicht mehr passt, egal, ob ausgehandelt oder nicht, dann „verhandelt“ er nach – mit zweifelhaften Mitteln.

Eine Tragödie ist dabei, dass über dieses Machtspiel die Schicksale der Flüchtlinge vergessen werden. Die Zahlen der Flüchtlinge, die Europa erreichen, sind durch den Flüchtlingsdeal stark gesunken. Allerdings ist der Flüchtlingsdeal ausbaufähig. Die Türkei hatte noch nie so eine Bedeutung für die EU. Das Anreizsystem für die Türkei sollte überarbeitet werden. Dabei sind die finanziellen Reize noch am trivialsten anzupassen. Jedoch sollte das Abkommen von einem EU-Beitritt und anderen Integrationsprojekten, die nicht mit der



Flüchtlingskrise zu tun haben, entkoppelt werden.<sup>28</sup> Das Abkommen sollte sich primär auf die Flüchtlinge konzentrieren und nicht andere Politikfelder dadurch gestalten wollen. Dafür ist die Frage nach einer Lösung der Flüchtlingsproblematik zu elementar.

## **Außenpolitische Auseinandersetzungen**

Die türkische Wirtschaft befindet sich in keinem guten Zustand. Und Präsident Erdogan weiß, dass ihn dies verwundbar machen könnte. Auch aus diesem Grund sucht Erdogan stetig nach außenpolitischen Konflikten. Dies war schon immer ein politischer Trick, um von innenpolitischen Problemen abzulenken. Die Süddeutsche Zeitung schrieb dazu am 28.09.2020: „Erdogan ist aus innenpolitischen Gründen an beherrschbaren Konflikten durchaus interessiert. In der Stimmung eines aufgeheizten Nationalismus, der von ihm islamisch unterfüttert wird, kann er Solidarität mit einem weiteren „Bruderland“ (*Anm. gemeint ist damit Aserbaidshan*) gut verkaufen.“<sup>29</sup>

Die Türkei stellt nach den Vereinigten Staaten die zweitgrößte Armee in dem Verbund der NATO. Die strategische Lage der Türkei trägt noch zu ihrer Wichtigkeit innerhalb der Allianz bei. Zwar ist die NATO zu allererst ein Militärbündnis, versteht sich aber auch als Wertegemeinschaft. Die Verteidigungsallianz ist dabei tief in der europäischen Union und den USA verwurzelt.

Erdogan manövrierte die Türkei in militärische Auseinandersetzungen in Syrien und Libyen, zudem sucht er den Konflikt mit Drohgebärden gegenüber Griechenland und Zypern aufgrund von Gas im Mittelmeer. Zuletzt spitzte sich zudem die Lage zwischen Aserbaidshan und Armenien zu. Die Türkei ist dabei der Schutzmacht Aserbaidshans.

---

<sup>28</sup> Vgl. <https://de.qantara.de/inhalt/fluechtlingsabkommen-die-eu-und-die-tuerkei-brauchen-einander>

<sup>29</sup> Vgl. <https://www.sueddeutsche.de/politik/suedkaukasus-konflikt-armenien-1.5047196>



## *Der Armenien-Aserbaidshen Konflikt*

Aserbaidshen gilt als traditioneller Verbündeter der Türkei, da Aserbaidshen muslimisch und turksprachig ist. Außerdem liefert es Öl und Gas an die Türkei, die dort enorm wichtig sind.

Der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidshen schwelt schon seit dem Ende der Sowjetunion. Dabei geht es um das Berggebiet Bergkarbach, das von christlichen Armeniern bewohnt wird und sich 1991 von Aserbaidshen lossagte. Völkerrechtlich gehört es noch immer zu Aserbaidshen, ist aber mit Hilfe Armeniens de facto selbstständig. Dieser Konflikt ist am letzten September Wochenende 2020 wieder aufgeflammt. Was den Konflikt besonders brisant macht: Russland liefert zwar sowohl an Aserbaidshen als auch an Armenien Waffen. Allerdings verfügt Russland in Armenien über Militärbasen und sieht den Kaukasus als politischen Hinterhof an. Eine allzu starke Schwächung kann also nicht im Interesse Russlands sein.

Die Türkei setzt nach unbestätigten Berichten türkische Kampffjets und Drohnen ein. Zudem habe die Türkei auch syrische Söldner nach Aserbaidshen gebracht, die dort im Auftrag der Türkei im Konflikt kämpfen würden.<sup>30</sup>

Dieser Konflikt steht vermutlich gerade erst am Anfang. Mit den beiden Großmächten Russland und der Türkei involviert, könnte der Konflikt sehr viel Brisanz bergen. Armenien ist geographisch weit weg von der EU. Doch ist die Region Rohstoffreich. Zudem kann der EU nicht an einem Konflikt gelegen sein, da so etwa auch noch Armenier fliehen und Zuflucht in der EU suchen könnten. Zudem ist jeder Konflikt, in dem ein Nato-Mitglied involviert ist, eine Gefahr.

---

<sup>30</sup> Vgl. <https://www.sueddeutsche.de/politik/suedkaukasus-konflikt-armenien-1.5047196>



## *Syrien und Libyen*

In Syrien und Libyen ist die Lage weitaus diffuser. Aber dennoch von entscheidender Wichtigkeit für die EU. Denn aus beiden Ländern strömen Menschen, die dem dortigen Elend und der Gewalt entrinnen wollen. Die meisten von ihnen haben als Ziel: Europa.

In Syrien positionierte sich die Türkei von Beginn an gegen den Machthaber Assad. Dieser überstand den arabischen Frühling und gewann mit der Unterstützung Russlands Stück für Stück die Macht über Syrien zurück. Die Türkei startete im Oktober 2019 eine eigene Militäroffensive im Land, nachdem es zu beängstigenden Szenen mit dem NATO-Partnern USA gekommen waren. Die Türkei verfolgt aber nicht mehr das Ziel Assad zu stürzen. Vielmehr will sie verhindern, dass an ihrer Grenze ein Kurdenreich entsteht. Erdogan sieht die Kurden als feindlich an und geht sowohl innen- als auch außenpolitisch gegen sie vor.

Dabei wird die Flüchtlingslage in der Türkei aber immer dramatischer. Bis zu einer Millionen Flüchtlinge sollen allein in Istanbul leben, wo konservative syrische Flüchtlinge mit verschleierten Frauen und arabischer Schrift ganze Stadtviertel dominieren, was viele Türken sich in ihrem eigenen Land fremd fühlen lässt und die innenpolitische Lage weiter aufwirbelt.<sup>31</sup>

Wenn nicht sogar noch facettenreicher aber nicht weniger blutig ist der Konflikt in Libyen. Die Türkei steht dort an der Seite der international anerkannten GNA-Regierung. Diese ist aber sehr schwach und wird von libysch islamistischen Milizen unterstützt. Auf der anderen Seite des Konflikts steht General Haftar, der von Ägypten unterstützt wird. Ein direktes Aufeinandertreffen der militärisch hochgerüsteten Länder Türkei und Ägypten in Libyen ist nicht ausgeschlossen. Die Türkei lässt dort syrische Söldner kämpfen, die für ihre Brutalität berüchtigt sind.<sup>32</sup> Noch brisanter lässt den Konflikt jedoch die Parteilagerung Frankreichs für General Haftar werden. So stehen sich dort zwei NATO-Partner zumindest indirekt gegenüber.

---

<sup>31</sup> <https://www.tagesschau.de/ausland/griechisch-tuerkische-grenze-105.html>

<sup>32</sup> Vgl. <https://www.sueddeutsche.de/politik/suedkaukasus-konflikt-armenien-1.5047196>



## *Der Mittelmeer Konflikt*

Ein anderer, nicht so blutiger außenpolitischer Konflikt liegt innerhalb der EU. Und zwar im Mittelmeer. Doch sind es nicht Flüchtlinge, die Inhalt dieses Konfliktes sind. Es sind Seegrenzen und Erdgas, die Athen und Ankara immer wieder aneinandergeraten lassen. Und mit diesen beiden Parteien die ganze EU. Frankreich stärkte den EU und NATO-Partner Griechenland mit entsandten Flugzeugträgern im Mittelmeer den Rücken und schickte zwei Kampfflugzeuge nach Zypern. Alles um einen anderen NATO-Partner in die Schranken zu weisen, die Türkei.

Der Konflikt ist kein neuer. Bereits seit 1999 gibt es immer wieder Sondierungsgespräche zwischen Athen und Ankara. 2016 wurden die Gespräche dann abgebrochen und ruhen seitdem. Die Streitfrage ist die, wie weit der türkische Festlandssockel im östlichen Mittelmeer reicht. Der Festlandssockel ist die Verlängerung der Landmasse eines Staates. Der Clou an diesem Streit: in diesem Meeresgebiet von mindestens 200 Seemeilen darf ein Land exklusiv Rohstoffe abbauen. Die Schwierigkeiten beim umstrittenen Gebiet ist, dass die Ägäis und andere Teile des östlichen Mittelmeers mit Inseln überzogen sind, die fast ausschließlich griechisch sind. Das UNCLOS, dem UN-Seerechtsabkommen, dürfen Staaten „Ausschließliche Wirtschaftszonen“ (AEZ) als ihre Meeresterritorien ausrufen. Die Türkei ist diesem Abkommen aber nie beigetreten, anders als Griechenland und Zypern. Diese AWZ-Regelung hat auch Bestand für Inseln. Das führt dazu, dass das östliche Mittelmeer fast exklusiv griechisches Gewässer ist. Und das obwohl die Türkei selbst eine sehr lange Mittelmeerküste hat und damit auch einen eigentlich breiten Festlandssockel. Die Rohstoffe im Mittelmeer fallen aber nach besagter Regelung in griechische Hand.

Die Türkei sieht sich nicht gebunden an den griechischen AWZ-Anspruch und beruft sich stattdessen auf den Friedensvertrag nach Ende des Ersten Weltkriegs. Während die Türkei immer wieder in griechische Gewässer mit Forschungsschiffen vordrang, verkündete die griechische Regierung, dass sie neue Kampfjets und Fregatten anschaffen werde. Auch



Zypern ist von dem Vorgehen betroffen. Ein türkisches Forschungsschiff sucht südöstlich von Zypern nach Erdgas, im Seegebiet Zyperns.

Dabei hätte Ankara wohl vor einem Schiedsgericht gute Chancen, dass sie einen Teil der türkischen Ansprüche auf die Erdgasvorkommen im Mittelmeer tatsächlich zugestanden bekommen.<sup>33</sup> Die seit 2016 ruhenden Gesprächen zwischen Griechenland und der Türkei werden bald wohl wieder aufgenommen in Istanbul. Es geht dann in die 61. Runde.

Dieser Konflikt mitten in der EU ist sehr beunruhigend. Hier prallen NATO-Partner aufeinander. Es erscheint abstrus, dass ein Beitrittskandidat der europäischen Union tatsächlich derart provoziert und anstatt des Rechtswegs eine direkte Konfrontation sucht, die zu einem Wettrüsten im Mittelmeer führen könnte. In keinem anderen Konflikt zeigt sich die Rücksichtslosigkeit der Türkei in Bezug auf die Beziehungen mit der EU so klar wie hier im Mittelmeer. Dass dies auch noch NATO-Partner sind, die sich dort in die Haare bekommen, lässt das Zitat vom französischen Präsidenten Macron, die Nato sei hirntot, nochmals heller Leuchten.

## Fazit

Die Beziehung zwischen der Türkei und der EU ist nicht gescheitert. Aber sie ist eine andere wie sie es Anfang der 2000er war, als Erdogan ein vielversprechender Reformier sein schien, der die Türkei modernisieren und noch näher an die westliche Welt führen wollte. Die Fürsprecher eines türkischen EU-Beitritts wie die USA und Israel sind verstummt und teilweise selbst verstritten mit dem Land am Bosphorus. An einen EU-Beitritt ist momentan nicht zu denken.

Trotzdem ist die Türkei so wichtig für die EU, wie sie es nie zuvor war. Das liegt besonders an der Flüchtlingskrise. Ohne die Türkei würde Europa wahrscheinlich an einer Vielzahl

---

<sup>33</sup> Vgl. <https://www.sueddeutsche.de/politik/griechenland-tuerkei-erdgas-1.5040423>





von ankommenden Flüchtlingen gesellschaftlich zu Grunde gehen. Die Türkei ist der Puffer zu Krisenregionen, die zwar weit weg scheinen, aber näher sind, als es einem lieb ist. Den Flüchtlingsdeal mit der Türkei gilt es zu verbessern, wobei dieser strikt von einem EU-Beitritt getrennt werden sollte, genauso wie von dem Ausbau einer Zollunion oder Visafreiheiten türkischer Bürger innerhalb der EU. Die beiden Partner sollten sich darauf konzentrieren, wie sie die Situation der Flüchtlinge innerhalb der Türkei verbessern können und wie sie die Situation in Syrien und auch Libyen verbessern können. Beide Länder aus ganz eigenem Interesse.

Was die außenpolitischen Konflikte der Türkei angeht, so ist es Zeit, dass die EU hier ein klares Profil zeigt und mit einer Stimme spricht. Bei diesen Konflikten gibt es häufig nicht Schwarz und Weiß, Gut und Böse. Vielmehr muss der Türkei klargemacht werden, dass dieses kriegerische Treiben, besonders die Anheuerung von syrischen Milizen in Krisengebieten, nicht toleriert wird.

Der griechische Konflikt sollte dabei diplomatisch oder aber vor einem Schiedsgericht gelöst werden. Dort hilft es auch, die türkische Seite zu verstehen und auf sie zuzugehen.

Die Türkei ist ein schwieriger Partner unter Präsident Erdogan geworden. Solange dieser an der Macht ist, ist es zweifelhaft, dass die Beziehung der EU und der Türkei über eine Zweckbeziehung in Sicherheits- und Wirtschaftssachen herausgeht. In die Wertegemeinschaft der EU scheint die Türkei nicht zu passen.

Und doch muss die EU aufpassen, dass die Türkei nicht zu sehr geschwächt wird. Die Millionen Flüchtlinge in der Türkei haben das Land destabilisiert. Die innenpolitische Stimmung ist aufgeheizt. Der Kurdenkonflikt auch im Landesinneren tut sein Übriges und da wäre noch die schlechte wirtschaftliche Lage der Türkei. Der Putsch 2016 zeigte, dass die Türkei nicht als absolut gefestigtes Land gelten kann. Außenpolitische Konflikte, wie von Erdogan momentan nahezu angestrebt, sind für eine Stabilisierung langfristig auch nicht förderlich. Aber eine Türkei die komplett ausgezehrt ist, kann die EU eben auch nicht gebrauchen.



Momentan scheint man mit Willy Brandts Politik der kleinen Schritte das Beste zu machen. Das meint bezogen auf die Türkei: keine „Alles oder Nichts“ Entscheidungen vom Zaun brechen, sich in Geduld üben und kleine Erfolge anstreben. Damit ist ein EU-Beitritt also erstmal vom Tisch. Häufig wird vergessen, dass auch schon Otto von Bismarck, eine Politik der kleinen Schritte verfolgte. Der Otto von Bismarck, der auch gesagt hat: „Die Liebe der Deutschen und Türken zueinander ist so alt, dass sie niemals zerbrechen wird.“ Dem alten Bismarck sollte sich die EU nochmals in den Kopf rufen und auf eine langfristige und nicht euphorische Liebesbeziehung mit der Türkei setzen. Es bedarf dabei keines heißen Flirts wie Anfang der 2000er, sondern einer soliden Langzeitbeziehung. Dabei sollten die Vorteile einer Fernbeziehung ausgelebt werden: man lebt nicht in einem Haus und muss sich nicht ständig sehen, aber wenn dies der Fall ist, sollte es meistens schön sein. Und wer weiß: wenn dies wieder klappt, könnte daraus dann doch wieder mehr werden.